

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau für die Schweiz : Monatsschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes
Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund
Band: 5 (1913)
Heft: 3

Rubrik: Internationale Gewerkschaftsbewegung

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 18.05.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

liche Ausübung der Regierungsgewalt, die den Starken Vorrechte zuspricht und den Schwachen das Recht verweigert.



—n.

Internationale Gewerkschaftsbewegung.

Deutschland.

Der Kampf im deutschen Malergewerbe.

(IS) Am 15. Februar lief der Tarifvertrag für das deutsche Malergewerbe ab. Verhandlungen zum Abschluss eines neuen Vertrages endeten mit einem für jeden Gau gesonderten Schiedsspruch. Danach sollten 32,632 Arbeiter je 5 Pfg., 10,690 je 6 Pfg. und 2054 je 7 Pfg. Lohnerhöhung pro Stunde für die Vertragsdauer erhalten. In einem Teile der Städte sollte die Arbeitszeit um $\frac{1}{4}$ bis $\frac{1}{2}$ Stunde pro Tag verkürzt werden. Ein ausserordentlicher Kongress des Malerverbandes hatte den Schiedsspruch mit 76 (37,344 Mitglieder) gegen 25 (13,210 Mitglieder) Stimmen angenommen. Die Unternehmerorganisation jedoch lehnte den Schiedsspruch ab ($40\frac{1}{2}$ gegen $14\frac{1}{2}$ Millionen Lohnsumme). Zugleich beschloss sie die Aussperrung aller organisierten Gehilfen, ohne dass recht ersichtlich ist, ob die Unternehmer den alten Vertrag beibehalten wollen oder ob sie gar keinen Vertrag wünschen. Eine einheitliche Meinung darüber kam auf ihrer Tagung nicht zustande, aber den Kampf wollten sie. Anscheinend arbeiten sie mit den anderen Arbeitgeberverbänden des Baugewerbes auf eine grosse Aussperrung hin, wie aus einem Zirkular hervorgeht, in dem sie schreiben: «Wir wollen den Gehilfen jetzt die Gelegenheit bieten, ihren rund zwei Millionen zählenden Kampffonds zu verwenden; denn noch einmal drei solch traurige Tarifjahre, als wir zuletzt erlebten, sind nicht mehr erträglich. Nach ihrem Ablauf aber würde der Kampffonds mindestens vier bis fünf Millionen zählen. Und wir hätten selbst mit den jetzt verlangten gewaltigen Lohnerhöhungen direkt die Mittel dazu geliefert.» — Von den 64,000 Beteiligten sind etwa $\frac{1}{4}$ ausgesperrt, davon 15,000 Mitglieder der freien Gewerkschaft und 800 christlich Organisierte.

Grossbritannien.

(IS) In Manchester fand eine unverbindliche Konferenz der Leiter der Arbeiterpartei, des Gewerkschaftskongresses und des Gewerkschaftsbundes statt, in der im Prinzip beschlossen wurde, eine engere Verbindung dieser Organisationen herbeizuführen. Zu diesem Zwecke sollen einer künftigen Konferenz detaillierte Vorschläge unterbreitet werden. — Der Verband der Bergarbeiter in Northumberland ist in eine energische Bewegung zur Abschaffung des Drei-Schicht-Systems eingetreten, weil dieses das Familienleben untergrabe: — Nach Berichten der Gewerkschaft der Musiker ist der durchschnittliche Lohn der Musiker in den letzten 15 Jahren von 15 oder 20 auf 33 Mark wöchentlich gestiegen. Die (Amalgamated Musicians Union) Organisation hat jetzt 7000 Mitglieder, davon 2000 in London. Hier ist zurzeit eine Bewegung im Gange zur Einführung eines Minimallohnes von 35 Mark. Bei einigen Theatern war ein zu diesem Zwecke inszenierter Boykott schon erfolgreich. — Die kürzlich gegründete Gewerkschaft der Schiffsoffiziere macht gute Fortschritte. Sie fordert vor allen Dingen bessere Bezahlung und Unterkunfts-räume, Bezahlung der Ueberstunden, Einführung von drei Wochen auf See usw. — Nach der offiziellen Statistik stieg die Kohlenproduktion seit der gesetzlichen Einführung des Achtstundentages, bezw. von 1910 bis

1911, von 252 auf 255 Tonnen pro Arbeiter. — Nach dem Statut des englischen Buchdruckerverbandes (T. A.) müssen Aufnahmekandidaten eine siebenjährige Lehrzeit nachweisen. Die Lehrzeit braucht nur sechs Jahre zu betragen bei solchen, welche bis zum vollendeten 15. Lebensjahre eine höhere oder technische Schule besuchten, und fünf Jahre, wenn der Schulbesuch bis zum 16. Jahre nachgewiesen wird. — Der Schuhmacherverband konnte im letzten Jahre seine Mitgliederzahl von 32,928 auf 41,440, sein Vermögen auf rund 3,1 Millionen Mark erhöhen. Für Arbeitslosenunterstützung wurden im letzten Halbjahre 67,000 Mark, für Kranken-Unterstützung 108,000 Mark verausgabt und auf Strafen auf Grund schiedsgerichtlicher Erkenntnisse — wegen Tarifbruches durch Arbeitseinstellungen — 1600 Mark. — Die Midland Eisenbahngesellschaft stellte den gemassregelten Zugführer wieder ein. Dadurch ist der ange-drohte Streik vermieden worden. Für die Gewerkschaft bedeutet dieser Ausgang einen grossen Erfolg. — Die ausserordentliche Gewerkschaftskonferenz, welche sich mit dem Tageblatt der Arbeiterpartei beschäftigte, beschloss, allen Gewerkschaften zu empfehlen, einen jährlichen Extrabeitrag von 1 Mark pro Mitglied auf die Dauer von drei Jahren zu zahlen, um das Blatt endgültig sicherzustellen. Bisher hat das Blatt rund 1,2 Millionen Mark verschlungen. Die Auflage ist zurzeit rund 211,000 Exemplare. Der Beschluss der Konferenz ist ein erfreulicher Beweis für das erstarkende Zusammengehörigkeits- und Unabhängigkeitsgefühl unter den englischen Gewerkschaften. — Nach dem Berichte der Fabrikinspektion wurden im letzten Jahre 1232 Männer und Frauen bei der Arbeit getötet gegen 1182 im Jahre 1911. An schwerer Bleivergiftung erkrankten 587 Personen, darunter 66 Frauen und 10 Kinder. Die Unfallziffern sind allgemein gestiegen trotz des Unfallgesetzes. Dies wird auf die immer grössere Einführung des «Taylor»-Systems zurückgeführt.

Norwegen.

(IS) Nach der Statistik der Gewerkschaften betrug die tägliche Arbeitszeit mit Ausnahme des meist kürzeren Samstages im Durchschnitt 10,1 bis 10,9 Stunden bei den Bäckern, Böttchern, Hafen- und Transportarbeitern, Müllern, in der Schneiderei, Textil und Papierindustrie, 10 Stunden im Tiefbau, in Brauereien, bei Maurern, Fleischern, in Sägewerken, Meiereien und bei den Steinhauern, 9,5 bis 9,9 Stunden bei den Klempnern, Bauarbeitern, Buchbindern, in der chemischen Industrie, in Zündholzfabriken, in Gas- und Elektrizitätswerken, Malerwerkstätten, Möbeltischlereien, mechanischen Werkstätten, bei Rohrlegern, Goldschmieden, Kürschnern, Schmieden, in der Leder- und Schuhindustrie, Tabakindustrie, Holzwarenfabriken, bei Tischlern und Zimmerern, 9 Stunden im Buchdruckgewerbe. Die durchschnittliche Arbeitszeit beträgt an den fünf ersten Tagen der Woche 9,9 Stunden für jeden Arbeiter.

Belgien.

(IS) In Gent wurde von den Genossenschaften und Gewerkschaften, die der Arbeiterpartei angehören, eine «Arbeiterbank» mit einem Kapital von 1 Million Fr. gegründet, wovon 25 Prozent sofort einbezahlt werden. — Die Bäcker der Brüsseler Konsumgenossenschaften arbeiten in drei Schichten an sechs Tagen à acht Stunden, wobei alle drei Wochen eine Woche Nachtschicht auf jeden Arbeiter entfällt. Jährlich steht ihnen eine Woche Urlaub mit voller Lohnzahlung zu. Der Lohn beträgt für Anfänger 5 Fr. und steigt bis 6 Fr. pro Tag.

Vorarbeiter erhalten 1 Fr. mehr. Flanellhemden, Hosen, Schürzen und Sandalen werden ihnen gratis geliefert. Sie sind an dem Reingewinn mit 2½ Prozent beteiligt und wählen auch ihren eigenen Vertreter in die Verwaltungskörperschaften. Nach einer gewissen Dienstzeit haben sie Anspruch auf eine Altersrente von 2 bis 2½ Fr. pro Tag und im Todesfalle erhält ihre Familie 300 Fr. Sterbegeld. — In Brüssel fand kürzlich eine internationale Konferenz der «christlichen» Lebensmittelarbeitergewerkschaften statt, an dem angeblich Vertreter aus Belgien, Holland, Frankreich und Spanien teilnahmen. Man beschloss, die Nacharbeit zu bekämpfen und eine internationale christliche Föderation zu gründen, deren Leitung den Belgiern obliegt. — Die Sitzung des internationalen Komitees der Bergarbeiter beschäftigte sich mit der Frage der Regulierung der Produktion. Dieselbe soll vornehmlich durch einheitliche Verkürzung der Arbeitszeit in allen Ländern erstrebt werden. In bezug auf den Uebertritt der Mitglieder in andere Landesorganisationen besteht die einheitliche Auffassung, dass übertretende Mitglieder genau wie die einheimischen Mitglieder mit gleicher Mitgliedsdauer zu behandeln sind. Eine entsprechende Aenderung der internationalen Mitgliedsausweise soll auch dem nächsten internationalen Bergarbeiterkongress vorgeschlagen werden. Dieser findet im Juli in Karlsbad, Oesterreich, statt. — Der Zentral-Bildungsausschuss der Partei und Gewerkschaften beschloss die Anstellung von zwei Wanderlehrern.

Vereinigte Staaten.

(IS) Der Verband der Kohlenbergleute erhöhte seine Mitgliederzahl im letzten Jahre von 275,000 auf 391,120. — Senat und Repräsentantenhaus des Staates Arkansas nahmen ein Anti-Trinkgeldgesetz an, wonach Angestellte, welche Trinkgeld annehmen oder fordern, wie auch Arbeitgeber, die solche Angestellte beschäftigen, mit schweren Strafen bedroht werden. Das Gesetz bedarf noch der Bestätigung durch den Gouverneur. — Die Legislatur des Staates Kansas nahm ein Gesetz an, wonach in Betrieben mit mehr als fünf Beschäftigten die tägliche Arbeitszeit neun Stunden nicht übersteigen darf. Auch wurde ein Gesetz angenommen, das einen Minimallohn von 6 Dollars für alle Arbeiterinnen, mit Ausnahme der Dienstboten, vorschreibt. — Schon seit Jahren gibt es in Chicago keine unterirdischen Bäckereien mehr. Auch im Staate Newyork soll demnächst die Errichtung weiterer Kellerbäckereien verboten werden. Die Annahme eines diesbezüglichen Gesetzentwurfes erscheint gesichert. (Ein solches Gesetz besteht schon im Staate New-Jersey). Ferner soll für den Betrieb einer Bäckerei eine Lizenz nötig sein, die von der Gesundheitsbehörde jederzeit zurückgezogen werden kann. Für alle Beschäftigten ist obligatorische ärztliche Untersuchung vorgesehen. — Der Riesenstreik in der Newyorker Konfektionsindustrie, an dem über 120,000 Arbeiter und Arbeiterinnen neun Wochen lang beteiligt waren, hat jetzt auch für die Schneider mit vollem Erfolge geendet. Das Subkontraktorensystem wurde abgeschafft, der Lohn um durchschnittlich einen Dollar pro Woche erhöht und eine Reihe von Missständen beseitigt. Die Frage der Arbeitszeit wird ein paritätisches Komitee regeln. — Im Staate Oklahoma, wo die Rückberufung aller öffentlichen Beamten durch die Volksabstimmung besteht, wurde kürzlich auf diesem Wege das Landwirtschafts-Kollegium abberufen. Demselben war Korruption nachgewiesen worden. Bei der Neuwahl, bei der nur die Farmer Stimmrecht hatten, wurden auch vier Sozialisten in das Kollegium gewählt. — Der Buchdruckerverband richtete in seinem

Zentralbureau eine eigene zentrale Stellenvermittlung ein. Stellungssuchende haben einen Dollar Einschreibgebühr und ebensoviel bei Nachweis einer Stelle zu entrichten. — Bei der städtischen Bibliothek in Boston wurde eine «Geschichten-Erzählerin», die dieses Amt seit mehreren Jahren mit grossem Erfolge freiwillig bekleidete, fest angestellt. In einem besonderen Raume der Bibliothek finden jetzt jeden Nachmittag verschiedenerlei «Geschichtenstunden» für die Kleinen statt. — In der pennsylvanischen Stadt Connellsville streiken alle Schutzleute, weil ihre Forderung auf Gehaltserhöhung nicht erfüllt wurde. — Der Gewerkschaftsbund propagiert die Ernennung des Bergarbeiters Wilson, der seit sechs Jahren Mitglied der demokratischen Fraktion im Repräsentantenhause ist, zum Arbeitsminister. Dieser neue Posten, der auf Anregung der Gewerkschaften vom Repräsentantenhause beschlossen wurde, ist kürzlich auch vom Senate bestätigt worden. Wilson war seit zwei Jahren Vorsitzender der Kommission für Arbeiterangelegenheiten. Seine Ernennung zu jenem Posten ist inzwischen erfolgt.



Verschiedenes.

Etwas über Arbeitszeit und Arbeitslohn unserer Bundesräte.

Unsere sieben Bundesräte haben kürzlich eine Lohnbewegung überstanden. Aber wie ganz anders gestaltet sich so eine Lohnbewegung des Bundesrates, des Bundesgerichts und anderer höherer Amtsstellen gegenüber einer solchen irgendeiner Arbeiterkategorie. Während es sich bei den letztern gewöhnlich um einige Rappen mehr pro Arbeitstag handelt, so geht es bei den ersteren in die Tausende von Franken per Jahr.

Die Bundesräte bezogen bis anhin eine Jahresbesoldung von 15,000 Fr. Dies reichte in Anbetracht der allgemeinen Teuerung nicht mehr und die Bundesversammlung musste, wohl oder übel, dem Begehren um Lohnerhöhung entsprechen, wenn sie nicht riskieren wollte, dass die Herren Bundesväter ihren heimatlichen Armenbehörden zur Last fallen. Vorläufig hat man ihnen mit 3000 Fr. Aufbesserung etwas nachgeholfen. Und zwar hat es keiner grossen Lohnkämpfe bedurft. Es genügte, dass die Herren Bundesräte hinwiesen auf die teuren Zeiten, auf die grosse Arbeitslast und auf die riesige Verantwortung, die sie haben.

Die Arbeiter spüren natürlich die teuren Zeiten nicht, ihre Arbeitslast ist so gering, dass darüber kein Wort zu verlieren ist, und von Verantwortlichkeit keine Spur. Was die Arbeitszeit anbetrifft, stellen sich auch nach dieser Richtung die Arbeiter bedeutend besser als so ein Bundesrat. In dieser Hinsicht wollen wir an einem uns gut bekannten Manne exemplifizieren, nämlich an Herrn Forrer.

Herr Forrer wurde im Jahre 1906 Bundespräsident und schickte sich an, mit dem König von